FREIBERUFLER-TICKER vom 7. Januar 2022

1. Überlastung bei Teilen der Freien Berufe steigt deutlich

Das ist ein Ergebnis der BFB-Konjunkturumfrage Winter 2021**.** Waren im Vorwinter 17,4 Prozent der Befragten überausgelastet, sind es jetzt 29,5 Prozent, also fast jeder Dritte. Das Stimmungsbild verbesserte sich leicht. Zudem werden positive Beschäftigungsimpulse erwartet: Jeder fünfte Freiberufler plant, innerhalb der nächsten beiden Jahre mehr Personal einzustellen. „Dies ist auch ein Indiz dafür, wie stark die Freien Berufe in der Krise gefragt sind“, so BFB-Präsident Friedemann Schmidt in einer flankierenden Pressemitteilung, die vorab von der Deutschen Presseagentur exklusiv aufgegriffen wurde und mediales Echo fand.

2. Corona-Soforthilfen: Strafanzeigen, Ermittlungsverfahren und Rückzahlungen

Im Zusammenhang mit der Rückzahlung von Corona-Soforthilfen wurden nach vorläufigen, unvollständigen Daten bisher 11.436 Strafanzeigen gestellt und 6.765 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Details zu Verurteilungen, Strafbefehlen und Einstellungen der Verfahren liegen der Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht vor. Das schreibt sie in einer Antwort (20/331) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag Ende Dezember 2021 berichtete. Bis zum 30. September 2021 sind nach Angaben der Bundesregierung bundesweit Corona-Soforthilfen in Höhe von rund 13,5 Milliarden Euro ausgezahlt worden. Wie die Bundesregierung ausführt, liegen aufgrund laufender Überprüfungen noch nicht aus allen Ländern Ergebnisse zu den Rückflüssen der Mittel vor. Nach den bisher vorliegenden Daten sind demnach bundesweit Soforthilfen in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro freiwillig zurückgezahlt worden. Aufgrund von Rückforderungen sind den Angaben zufolge rund 0,5 Milliarden Euro zurückgeflossen.

3. Corona schiebt Homeoffice erneut an

Die steigenden Corona-Zahlen brachten mehr Beschäftigte ins Homeoffice zurück. Im Dezember arbeiteten dort zeitweise 27,9 Prozent der Beschäftigten, im August waren es 23,8 Prozent. Beim Höchststand im März 2021 waren es 31,7 Prozent. Das geht aus einer Umfrage des ifo Instituts hervor, die am 3. Januar 2022 veröffentlicht wurde. Der jüngste Anstieg ging quer durch alle Branchen.

4. Bis 2026 jährlich rund 38.000 Übergaben

Für insgesamt rund 190.000 Unternehmen steht nach Schätzungen des Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn in den kommenden fünf Jahren eine Nachfolge an, weil die Eigentümer aufgrund von Alter, Krankheit oder Tod aus der Geschäftsführung ausscheiden. Fast die Hälfte der Übernahmen werden im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen stattfinden und über ein Viertel im Produzierenden Gewerbe. Dagegen dürfte es bei Unternehmen, die personenbezogene Dienstleistungen anbieten (zum Beispiel Gastgewerbe, Gesundheits-/Sozialwesen, Kunst, Unterhaltung, Erholung, Erziehung und Unterricht), sowie im

Handel deutlich seltener zu einer Übernahme kommen. Das teilte das IfM Bonn am 6. Januar 2022 mit.

5. Erwerbstätigkeit 2021 auf Niveau von 2020, weniger Selbstständige

Im Jahresdurchschnitt 2021 waren rund 44,9 Millionen Personen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Nach am 3. Januar 2022 veröffentlichten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes lag die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen 2021 auf gleichem Niveau (plus 7.000 Personen; 0,0 Prozent) wie im Vorjahr. 2020 hatte die Corona-Krise den zuvor über 14 Jahre anhaltenden Anstieg der Erwerbstätigkeit beendet und zu einem Rückgang um 370.000 Personen (minus 0,8 Prozent) geführt. In den Dienstleistungsbereichen gab es in der Summe ein Plus von 0,3 Prozent. Dabei entwickelten sich die einzelnen Wirtschaftsbereiche 2021 sehr unterschiedlich. Außerhalb des Dienstleistungsbereichs ging die Beschäftigung insgesamt zurück. Weitere Befunde: Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt, marginale Beschäftigung und Selbstständigkeit sinken. Bei den Selbstständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger setzte sich der seit nunmehr zehn Jahren andauernde Abwärtstrend 2021 weiter fort: Ihre Zahl sank gegenüber 2020 um 108.000 Personen auf 3,9 Millionen (minus 2,7 Prozent). Die letzte Freiberufler-Statistik indes weist bei den Freien Berufen ein Plus von 0,6 Prozent aus.

6. Arbeitsmarkt erholt sich im zweiten Corona-Jahr

Dieses Fazit zieht die Bundesagentur für Arbeit (BA) laut Mitteilung vom 4. Januar 2022. So sind Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung merklich gesunken, die Auswirkungen der Pandemie aber noch zu spüren. So wurden die Auswirkungen der coronabedingten Einschränkungen auf den Arbeitsmarkt inzwischen zu einem großen Teil abgebaut, sind aber nach wie vor – insbesondere in einer gestiegenen Langzeitarbeitslosigkeit – sichtbar. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent zurück. Der Arbeitsmarkt wurde laut BA auch 2021 in erheblichem Umfang durch den Einsatz von Kurzarbeit gestützt, die Inanspruchnahme nahm aber im Vergleich zum ersten Corona-Jahr deutlich ab. Der bisherige Höchststand war im April 2020 mit knapp sechs Millionen Personen in Kurzarbeit erreicht worden, was sich im Jahresdurchschnitt 2020 in einer Kurzarbeiterzahl von 2,94 Millionen abgebildet hatte. Die Statistik der BA schätzt die jahresdurchschnittliche Kurzarbeiterzahl 2021 mit rund 1,85 Millionen als deutlich geringer ein. Bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von etwa 49 Prozent sicherte der Einsatz von Kurzarbeit rechnerisch Arbeitsplätze für rund 900.000 Beschäftigte und verhinderte deren (vorübergehende) Arbeitslosigkeit. Mit 706.000 gemeldeten Arbeitsstellen im Jahresdurchschnitt 2021 lag die Arbeitskräftenachfrage um 92.000 höher als im Jahr 2020.

7. Wirksamkeit des Gründungszuschusses für Arbeitslose

Knapp 81 Prozent der männlichen und 80 Prozent der weiblichen durch den Gründungszuschuss geförderten Personen sind auch 40 Monate nach der Gründung weiterhin selbstständig. Etwa

14 Prozent der Gründer und zwölf Prozent der Gründerinnen sind nach 40 Monaten sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das entspricht einer Arbeitsmarktintegrationsquote von rund 95 Prozent für geförderte Gründer und 92 Prozent für Gründerinnen. Sie haben eine im Schnitt etwa 22 Prozentpunkte höhere Integrationsquote als vergleichbare Personen ohne Förderung. Das zeigt eine Ende Dezember 2021 veröffentlichte Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Zusammenarbeit mit der Universität Potsdam. Der BFB fordert in seinen Positionen zur Bundestagswahl 2021, den Gründerzuschuss für alle Gründer zu öffnen und nicht ausschließlich auf Arbeitslose zu fokussieren.

8. Kosten der Arbeitslosigkeit sind 2020 um 11,5 Milliarden Euro gestiegen

Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) erhöhte die Corona-Krise die Zahl der Arbeitslosen in 2020 deutlich. Die Kosten der Arbeitslosigkeit, also die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen infolge von Arbeitslosigkeit, stiegen im Vorjahresvergleich um 22 Prozent. Sie beliefen sich auf insgesamt 62,8 Milliarden Euro. Das teilte das IAB Ende Dezember 2021 mit.

9. Weniger Arbeitsunfälle in 2020

Dies geht aus dem aktuellen Bericht der Bundesregierung zur Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit für das Jahr 2020 hervor, den das Bundeskabinett am 5. Januar 2022 beschloss. 2020 wurden 822.588 Arbeitsunfälle gemeldet, dies sind 114.868 weniger als im Jahr davor, wobei die Zahlen stark durch die coronabedingte Arbeit im Homeoffice und in Kurzarbeit beeinflusst sind. Die Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit stiegen dagegen auf 111.055 Fälle (2019: 84.853). Dieser Anstieg von 30,9 Prozent lässt sich vor allem mit der Anerkennung von Covid-19 als Berufskrankheit für Beschäftigte, die bei ihrer Tätigkeit einer Infektionsgefahr ausgesetzt sind, erklären. Die Bundesregierung hat den Deutschen Bundestag und den Bundesrat nach § 25 SBG VII jährlich über die Entwicklungen von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit zu unterrichten. In den Bericht fließen die Berichte der Unfallversicherungsträger sowie der Arbeitsschutzbehörden der Länder ein.

10. IT-Fachkräftelücke wird größer

Für die Digitalisierung der Wirtschaft fehlt immer mehr Personal. Branchenübergreifend stieg die Zahl freier Stellen für IT-Fachkräfte 2021 auf 96.000. Das sind zwölf Prozent mehr als im Vorjahr, als quer durch alle Branchen 86.000 Jobs unbesetzt blieben. Zu diesem Ergebnis kommt eine am 3. Januar 2022 veröffentlichte Studie des Digitalverbands Bitkom. Seit Ersterhebung 2011 war die Anzahl vakanter Jobs nur einmal höher: im Vor-Corona-Jahr 2019 mit 124.000. Für Ende 2021 konstatieren zwei Drittel der Unternehmen (65 Prozent) einen Mangel an IT-Fachkräften. Ebenso viele (66 Prozent) erwarten, dass sich der IT-Fachkräftemangel in Zukunft weiter verschärfen wird. Software-Spezialisten sind mit Abstand am gefragtesten. Vier von zehn Unternehmen (41 Prozent) mit vakanten IT-Jobs suchen Software-Entwickler beziehungsweise Software-Architekten. Dahinter folgen IT-Projektmanager beziehungsweise IT-

Projektkoordinatoren, die von jedem sechsten Unternehmen (18 Prozent) mit freien IT-Stellen gesucht werden. 13 Prozent suchen IT-Anwendungsbetreuer beziehungsweise IT-Administratoren, sieben Prozent Data Scientists beziehungsweise Big Data Experts. In jeweils vier Prozent dieser Unternehmen sind Stellen für Datenschutz-Profis mit IT-Qualifikation sowie IT-Sicherheitsexperten vakant.

11. Bildung, Mobilität und Klimaschutz als größte Digitalisierungsgewinner

Bildung, Mobilität und Klimaschutz – in diesen Bereichen versprechen sich die Deutschen besonders viel von einer beschleunigten Digitalisierung. Neun von zehn (91 Prozent) sehen positive Effekte für Schulen, wenn die Digitalisierung vorangetrieben wird. Demgegenüber rechnen lediglich acht Prozent mit negativen Folgen. Einen günstigen Einfluss hat eine beschleunigte Digitalisierung nach Ansicht der großen Mehrheit auch in den Bereichen Mobilität und Klimaschutz. Dies meinen jeweils sieben von zehn Deutschen (72 Prozent). Dahinter folgen die Bereiche Verwaltung (69 Prozent) sowie Forschung und Innovation (67 Prozent) – einen negativen Einfluss sieht hier jeweils nur etwa jeder Vierte. Das ist das Ergebnis einer Befragung im Auftrag des Digitalverbands Bitkom, die Ende Dezember 2021 veröffentlicht wurde.